NR. 2, JULI 2024

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH

GRÜNE OSTSCHWEIZ
junge gruene

› **UMWELTVERANTWORTUNGSINITIATIVE:** IMPULS ZUR TRANSORMATION SEITE 4
› **WAHLERFOLG IN CHUR:** SIMON GREDIG NEU IM STADTRAT SEITE 7
› **GEWALT GEGEN FRAUEN:** GRÜNE SCHAFFHAUSEN FORDERN SCHUTZ SEITE 12

GRÜNE LANCIEREN SOLAR-INITIATIVE

WO DER FROSCH KÖNIG IST
Wir bauen dir einen Naturgarten, so wie im Märchen.
neubauer
...sorgt für Leben im Garten
neubauer.ch

ZU WARM UNTERM DACH?
CURAU
WWW.CURAU.CH
Mit unserer Dämmung bleibt die Hitze draussen!

Im Einklang mit der Natur
Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch
Das tier- und naturfreundlichste Label der Schweiz
Natur KONKRET seit 1990

COMEDIA
Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch
Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.
www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

umfassendes Tee- & Kräutersortiment
pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel
transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert
teewerk unverpackt
10 % Kennenlern-Rabatt mit Code OstGruen
online oder Ladeneinkauf
teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilen 071 667 09 03

Markus Allemann Naturgärten GmbH

Herzklopfen
Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten
8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch
BIO TERRA FACHBETRIEB

Wezel Holzbau
GUT DÄMMEN IST AKTIVER KLIMASCHUTZ
Melden Sie sich unverbindlich für ein Angebot. Wir beraten Sie gerne bei Ihrem Projekt.
Dienstleistungen:
- Energetische Sanierungen mit nachhaltigen Materialien an Dach und Wand
- PV-Anlagen
- klassische Zimmerei und Holzbauarbeiten

Wezel Holzbau GmbH, 9410 Heiden
077 209 89 98
info@wezel-holzbau.ch
www.wezel-holzbau.ch

ENGAGEMENT IN DER FINANZPOLITIK

Liebe GRÜNE

Mit dem klaren JA zum Stromgesetz vom 9. Juni 24 haben wir GRÜNE eine wichtige Abstimmung gewonnen. Im Thurgau haben wir im November 2023 die Solarinitiative erfolgreich eingereicht. Beides sind wichtige Meilensteine für eines unserer Kernanliegen, die Klima- und Energiepolitik. Typische grüne Anliegen sind auch Biodiversität, bei der ein wichtiger Entscheid am 22. September 2024 ansteht, oder Mobilität, Landwirtschaft und einiges mehr. Wir setzen uns mit viel Engagement für diese Themen ein, sammeln Unterschriften für unsere Initiativen, klären die Bevölkerung auf, besetzen politische Ämter und nehmen so auf unterschiedlichen Ebenen Einfluss.

Grüne Finanzpolitik ist gefragt

Aktuell steht es um die Finanzen auf Bundesebene wie auch bei den Kantonen schlecht. Bei der aktuellen Weltlage und den Flüchtlingsströmen sind Kampagnen, die mehr Geld für Armee und Sicherheit fordern, erfolgreich. Durch drohende Sparmassnahmen laufen unsere über Jahre durch harte Arbeit erwirkten Errungenschaften hingegen Gefahr, gekürzt oder gestrichen zu werden. Um das zu vermeiden ist unser Auftritt, unser Engagement auch zu finanziellen Themen wichtiger denn je.
Im Thurgau hat die Regierung eine Finanzstrategie 27-30 erstellt, die das Ausgabenwachstum und Investitionen für die nächsten Jahre begrenzen. Die Strategie ist in Sachen Einnahmen sehr optimistisch: bei den Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank wird aus unserer Sicht mit zu hohen Ausschüttungen gerechnet. Der Regierungsrat beabsichtig aber die Steuerfusssenkung von 117% auf 109%, die wir GRÜNE von Anfang an bekämpft und immer wieder Antrag auf Korrektur gestellt haben, nun zu korrigieren. Die bürgerliche Mehrheit kündigt schon jetzt Widerstand an. Es ist also um so wichtiger, dass wir GRÜNE uns für nicht klassische grüne Themen wie der Finanzpolitik engagieren, auch zur Unterstützung unserer Kernanliegen.

Sandra Reinhart
Fraktionspräsidentin GRÜNE TG
Stadträtin Amriswil
sandra.reinhart@gruene-tg.ch

OSTGRÜN NR. 2/2024

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

Juli 2024
Erscheint 3mal jährlich

Auflage: 1860 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Maya Crameri (GR), Roland Müller (SH)

Autor:innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Simon Gredig, Sebastian Koller, Roland Müller, Sandra Reinhart, Franziska Ryser, Cinia Schriber, Matthias Zopfi

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: Adobe Stock

Porträtfotos: S. 4 Patrick Itten, S.5 - 6 Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau

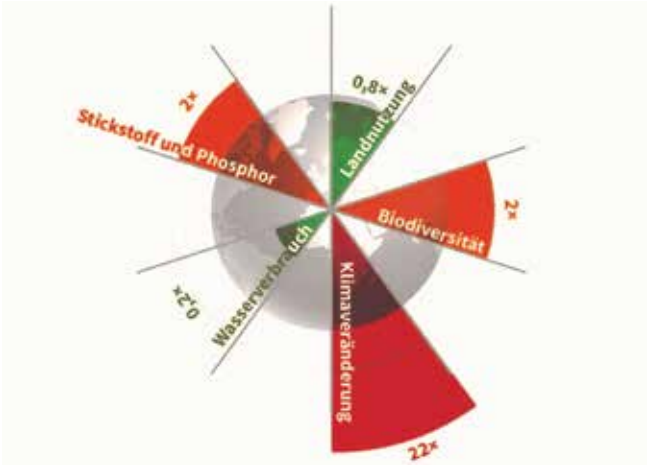

Bild: Junge Grüne Schweiz

NACHHALTIGE WIRTSCHAFT – EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Verantwortung übernehmen, für unsere Umwelt, unser Handeln, unsere Wirtschaft. So das Ziel der Umweltverantwortungsinitiative. Eine Wirtschaft, die nur so viele Ressourcen verbraucht, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Trotz Dringlichkeit sorgte die Initiative im Nationalrat für hitzige Debatten.

Heute wird ein Grossteil der umweltschädlichen Emissionen durch unseren Konsum verursacht. Die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen will dies ändern: Sie verlangt eine Wirtschaft, die innerhalb der planetaren Grenzen funktioniert. Doch was heisst das genau? Mit dem Konzept der planetaren Grenzen gibt uns die Wissenschaft konkrete Richtgrössen, die es zu beachten gilt, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten: Klimaveränderung, Biodiversitätsverlust, Wasserverbrauch, Bodennutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag. Eine weitere Verschlechterung in diesen Bereichen bringt die Ökosysteme unwiderruflich aus dem Gleichgewicht. Leider werden diese Belastungsgrenzen heute nicht eingehalten: Global werden die Grenzwerte in vier dieser Dimensionen überschritten. Deshalb sieht die Initiative eine Anpassung unserer Wirtschaft innerhalb von 10 Jahren an die planetaren Belastungsgrenzen vor.

Ambitioniert aber notwendig

Viele Wirtschaftsakteure beschäftigen sich bereits heute mit der Frage, wie sie sich nachhaltiger aufstellen können: Mit erneuerbaren Energien, kürzeren und fossil-freien Lieferwegen, langlebigeren Produkten. Die Initiative bringt ihnen Planbarkeit, da sie festlegt, mit welchem Konzept die Umweltauswirkungen gemessen werden und welche ökologischen Systeme es zu erhalten gilt.

Die Rechten Parteien wehrten sich jedoch vehement gegen die Initiative und verhinderten einen moderaten Gegenvorschlag. Sie unterstellten der Initiative Unvereinbarkeit mit unserem Wirtschaftssystem und behaupteten, die Schweiz hätte damit künftig das Wohlstandsniveau von Eritrea, Afghanistan oder Ruanda. Als ob die Initiative fordern würde, die heutigen Wirtschaftsstrukturen einfach linear herunterzufahren. Nein, das Gegenteil ist der Fall! Sie gäbe einen Impuls, die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft voranzutreiben.
Je früher wir die politischen Rahmenbedingungen setzen, desto eher und desto günstiger wird der ökologische Umbau. Dafür braucht es eine Wirtschaftspolitik, die nicht fixiert ist auf die Steigerung des Bruttoinlandproduktes als Massstab für gesellschaftlichen Fortschritt. Sondern eine Wirtschaftspolitik, die sich an den menschlichen Grundbedürfnissen orientiert, solidarisch mit Benachteiligten im In- und Ausland handelt und die die planetaren Belastungsgrenzen respektiert. Die Initiative ist eine Chance über eine andere, nachhaltige Wirtschaft zu sprechen, die auch den nächsten Generationen die Grundlagen zum Leben und Arbeiten überlässt. Über die Initiative der Jungen Grünen wird das Schweizer Volk 2025 abstimmen.

> «Dafür braucht es eine Wirtschaftspolitik, die nicht fixiert ist auf die Steigerung des Bruttoinlandproduktes.»

Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG

Bild: Adobe Stock

SOLIDARITÄT STATT ABSCHIRMUNG

KEIN KAHLSCHLAG BEI DER IZA

Der Ständerat hat den Zahlungsrahmen der Armee für die nächsten vier Jahre auf 29.8 Milliarden Franken erhöht. Er will das bei der internationalen Zusammenarbeit kompensieren und riskiert so den guten Ruf der Schweiz.

Die Ausgaben für die Verteidigung steigen. Das ist nicht unbestritten, aber breiter Konsens im Bundeshaus. Die eine Frage ist, in welchem Ausmass und wie schnell. Die andere, wo die Mehrausgaben kompensiert werden. Denn die Bestimmungen zur Schuldenbremse verlangen eine Kompensation oder Mehreinnahmen. Ob dies zweckmässig ist, sei dahingestellt. Klar ist aber, dass die Kompensation eine Herausforderung ist.

Ständerat plant einen Kahlschlag

Der Bundesrat beantragte für die Armee für die Jahre 2025 bis 2028 25.8 Milliarden Franken. Das ist ein beträchtliches Wachstum. Der Ständerat hat diesen Betrag noch um vier Milliarden aufgestockt. Schon die Variante des Bundesrates hätte bedeutet, dass bei den ungebundenen Ausgaben, beim ÖV, bei der Landwirtschaft oder bei der internationalen Zusammenarbeit (IZA) gespart werden muss. Mit dem Beschluss des Ständerats, die Hälfte der zusätzlichen vier Milliarden bei der IZA einzusparen, passiert dort aber ein veritabler Kahlschlag. Und das, obwohl der Bundesrat auch die nötige humanitäre Hilfe an die Ukraine, entgegen dem Wunsch von 75 % der Parteien, Kantone und Organisationen, die sich an der Vernehmlassung beteiligt haben, bei den anderen Ländern kompensieren will.

Unter dem Eindruck des Ukrainekrieges werden die Ausgaben für die Armee erhöht, während bei jenen gespart wird, die viel stärker unter dem Konflikt leiden. In der aktuellen Weltlage ist mehr Solidarität und nicht weniger gefragt. Aber auch Partnerschaft. Es wird verkannt, dass die Hilfe für die ärmsten Staaten, die von Nahrungsmittelverknappung, aber auch Beeinflussung durch autoritäre Staaten unmittelbar betroffen sind, unsere (eigene) Sicherheit ebenfalls erhöht.

Wir denken zuerst an uns selbst

Das Signal, das die Schweiz aussendet: wir denken zuerst an uns selbst. Als reiches Land hätte die Schweiz eine humanitäre Aufgabe. Wir waren immer stolz, dass die neutrale Schweiz auch eine humanitäre Schweiz war und einen hervorragenden Ruf hat. Dank der IZA.

Wenn wir nun aber zuerst an uns denken und den Absturz unserer IZA in die Irrelevanz riskieren, wie es Alliance Sud befürchtet, dann ist das im besten Falle kurzsichtig, im schlimmsten zynisch.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass bei der IZA keine Kürzungen erfolgen und die Ukraine zusätzlich unterstützt wird. Und wir bieten nur dann Hand für mehr Geld für die Armee, wenn es am richtigen Ort (z.B. der Cyberabwehr) gebraucht wird und keine kurzsichtige Kompensation erfolgt. Wir anerkennen die geopolitischen Realitäten und verschliessen nicht die Augen davor, dass Investitionen in die Sicherheit notwendiger geworden sind. Deshalb werden wir der Inselmentalität das Konzept einer Schweiz, die ihren Beitrag zur Sicherheit der Welt leistet, entgegenhalten. Internationale Zusammenarbeit schafft Sicherheit.

Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL

Bild: GRÜNE Schweiz

GRÜNE SOLAR-INITIATIVE GESTARTET

In der Schweiz gibt es genügend geeignete Dächer und Fassaden, um mehr als den heutigen Strombedarf mit Solarenergie zu decken. Mit der Solar-Initiative sollen auf allen geeigneten Bauten Solaranlagen erstellt werden. Damit machen wir endlich vorwärts mit der Energiewende!

Mit der Annahme des Klimaschutz-Gesetzes 2023 hat sich die Schweizer Stimmbevölkerung das Ziel gesetzt, den Treibhausgasausstoss bis 2050 auf Netto-Null zu reduzieren. Die weltweit grössten Treiber der Klimaerhitzung sind fossile Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Wollen wir die Klimaerhitzung stoppen, müssen wir aus den fossilen Energien aussteigen. Dies wird möglich, wenn wir so rasch wie möglich auf erneuerbare Energien umstellen. Die erneuerbare Energieform mit dem grössten ungenutzten Potenzial in der Schweiz ist die Solarenergie. Mehrere Studien kommen zum Schluss, dass es in der Schweiz bereits heute genügend geeignete Flächen auf Dächern, Fassaden und Infrastrukturen gibt, um den gesamten jährlichen Strombedarf der Schweiz mit Solarenergie zu decken. Doch dieses Potenzial wird bisher nicht annähernd ausgeschöpft.

Auf jedes Dach eine Solaranlage

Die Solar-Initiative will dies ändern, indem sie Solaranlagen auf geeigneten Dächern, Fassaden und Infrastrukturen zum Standard macht. Das ist gut fürs globale Klima, die Umwelt, die Versorgungssicherheit und die Wirtschaft. Bei Neubauten und erheblichen Umbauten sollen geeignete Dächer, Fassaden und Infrastrukturen in Zukunft für die erneuerbare Energieproduktion genutzt werden müssen. Spätestens 15 Jahre nach Annahme der Initiative soll dies auch für bestehende Gebäude mit geeigneten Dächern oder Fassaden gelten. Der Bund kann dafür finanzielle Unterstützungen vorsehen. Von der Solar-Initiative ausgenommen sind Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen oder bei denen die Nutzung für erneuerbare Energien aus anderen Gründen, etwa bei Härtefällen, unverhältnismässig wäre. Die Initiative orientiert sich dabei an den bereits heute vom Bund definierten Gebäudekriterien.

> «Einmal montiert, produziert ein Solardach zuverlässig und bei sehr tiefen Unterhaltskosten jahrzehntelang Strom.»

Solarenergie ist günstig

Wer eine Solaranlage auf dem Dach hat, bezahlt nichts für den selbst produzierten Strom. Die Sonne scheint gratis und unerschöpflich. Einmal montiert, produziert ein Solardach zuverlässig und bei sehr tiefen Unterhaltskosten jahrzehntelang Strom. Ein Solardach ist eine sehr gute Investition in die Zukunft! Davon profitieren auch Unternehmen, die viel Strom brauchen. Dank tiefer Energiekosten behalten sie die Produktion hier und verlagern sie nicht ins Ausland. Damit trägt die Solar-Initiative dazu bei, Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Kosten für Solaranlagen sind zudem in den letzten Jahren stark gesunken. Dank finanzieller Förderung sinken die Investitionskosten zusätzlich. In der Regel erfolgt die Amortisation einer Photovoltaik-Anlage bereits nach etwa 10 bis 15 Jahren. Die Lebensdauer beträgt aber oft mehr als 25 Jahre.

www.solar-initiative.info

Kurt Egger
Alt-Nationalrat GRÜNE TG

Bild: Lorenz Steinmann Zürich24

CHUR: SIMON GREDIG IN DIE STADTREGIERUNG GEWÄHLT

Im Juni hat sich in Chur Historisches ereignet. Die bisherige Mitte-Stadträtin wurde abgewählt und an ihrer Stelle mit Simon Gredig ein GRÜNER in die Stadtregierung gewählt. Damit besteht im Stadtrat zum ersten Mal eine links-grüne Mehrheit. Und die GRÜNEN haben einen Sitz im Parlament dazugewonnen.

SGR. Noch nie zuvor waren die GRÜNEN im dreiköpfigen Churer Stadtrat vertreten. Die Ausgangslage mit zwei bisherigen von Mitte und SP sowie einem Kandidaten der FDP war schwierig. Kaum jemand glaubte an die Überraschung. Doch es kam bekanntlich anders. Bereits im ersten Wahlgang und mit dem zweitbesten Ergebnis wurde Simon Gredig am 9. Juni gewählt. 48.5 % aller Churer*innen, die überhaupt gewählt haben, haben Simon ihre Stimme gegeben. Doch wie kommt es dazu, dass ein 30-jähriger GRÜNER über fast alle politischen Lager breite Unterstützung erfährt?

Simon Gredig
Neuer Stadtrat in Chur

Ganz viel Vorarbeit ...

Einerseits sind Stadtratswahlen immer Personenwahlen. Entsprechend ist die Parteizugehörigkeit zwar ein Faktor, aber sicher nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist die Bekanntheit und breite Unterstützung in unterschiedlichen Kreisen. Und genau hier konnten die GRÜNEN in Chur zeigen, dass eine hervorragend geplante und umgesetzte Kampagne Gold wert ist. Bereits lange vor der Ankündigung von Simons Kandidatur begannen die Vorarbeiten: Ein Unterstützungskomitee wurde gegründet, ein erster Spendenaufruf an Freund*innen und Bekannte verschickt und sämtliche Drucksachen, Videos, Webseite und Plakate bereits gestaltet. Bevor die breite Öffentlichkeit also von der Kandidatur wusste, lag schon alles bereit.

> Eine oft gehörte Frage lautete: «Gibt es eigentlich auch noch andere Kandidierende für den Stadtrat?»

... und eine konsequente Umsetzung

Bei der Lancierung konnten die GRÜNEN dann aus dem Vollen schöpfen: Die Webseite war online, am folgenden Tag hingen die ersten Plakate und die ersten Velodreiecke wurden verteilt. Monatliche Publireportagen im 'Churer Magazin', aufwändig produzierte und beworbene Videos in den sozialen Medien, ein eigenes Stadtratsbier, zahlreiche Anlässe, Plakate an jeder Ecke und vielen Velos und vor allem regelmässige Präsenz auf der Strasse haben dazu geführt, dass Simons Kampagne omnipräsent war. Eine oft gehörte Frage in den ersten Monaten lautete: «Gibt es eigentlich auch noch andere Kandidierende für den Stadtrat?». Kurz: Man hat die GRÜNEN wahrgenommen.

Aber wer bezahlt das alles?

Die zweihäufigste Frage war: «Wer bezahlt all diese Plakate?» Die Antwort: Die GRÜNEN haben über 500 Menschen mit Spendenbriefen angeschrieben und im Verlaufe der Kampagne 50'000 Franken Privatspenden gesammelt, 6000 Franken mit Lotto-Abenden und Pastaessen verdient, 2000 Franken mit dem Bierverkauf. Nur 15'000 Franken kamen von Parteien und Organisationen. Kurz: Die Churer Bevölkerung hat sich diesen politischen Neustart in Chur also selber finanziert.

Bild: GRÜNE Wil

BREIT AUFGESTELLT FÜR DIE KOMMUNALWAHLEN

Am 22. September finden im Kanton St.Gallen die kommunalen Gesamterneuerungswahlen für die Legislatur 2025–2028 statt. Noch nie sind kantonsweit so viele grüne Politiker*innen für Exekutivämter angetreten.

SKO. Nach den Rückschlägen bei den nationalen und kantonalen Wahlen sind die St.Galler GRÜNEN entschlossen, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die Trendwende zu schaffen. In vielen Gemeinden sind die GRÜNEN als gestaltende Kraft präsent und setzen sich für mehr Lebensqualität ein. Biodiversitätsförderung, Energiewende, nachhaltige Mobilität, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt, ressourcenschonende Wirtschaft – dank lokalem Bezug werden grüne Anliegen fassbar und gewinnen an Akzeptanz.

Auch wenn sich das politische Klima seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges ungünstig entwickelt hat, darf festgestellt werden, dass die GRÜNEN im Kanton St.Gallen heute schlagkräftiger und breiter aufgestellt sind als je zuvor. Viele Regional- und Ortsparteien haben neue, motivierte Mitglieder gewonnen. Einige von ihnen stellen sich nun für kommunale Ämter zur Verfügung

Ein besonders hohes Tempo legen die GRÜNEN im Sarganserland vor: Erst im April 2023 gegründet, eroberte die Regionalpartei im März 2024 entgegen dem nationalen und kantonalen Trend ein Kantonsratsmandat. Nun portiert sie

Andreas Reber

Serafin Wellinger

zwei ihrer Vorstandsmitglieder für kommunale Exekutiven. In Bad Ragaz möchte der 38-jährige Maschineningenieur und Familienvater Andreas Reber in den Gemeinderat einziehen. In Sargans tritt Serafin Wellinger (31), Marketing-Fachmann HSG, zu den Gemeinderatswahlen an.

Diego Müggler

Für die GRÜNEN der Region Rorschach steht die Verteidigung des Gemeinderatssitzes in Steinach im Vordergrund. Diego Müggler (21), Politologie-Student, amtet dort seit 2022 als jüngster Gemeinderat im Kanton St.Gallen.

Monika Mutti-Schaltegger

Simone Kramer

Im Toggenburg präsentiert die im Jahr 2022 reaktivierte Regionalpartei zwei vielversprechende Frauenkandidaturen: Monika Mutti-Schaltegger (66), selbständige Architektin und Bauberaterin, möchte Schulratspräsidentin in Mosnang werden. In Lichtensteig kandidiert Simone Kramer (49), die als Schulleiterin in Zürich arbeitet, für den Gemeinderat.

Edi Hartmann

Marlen Rutz Cerna

Ebenfalls einen Sitz zu verteidigen haben die GRÜNEN in Flawil: Edi Hartmann (46) wurde im Jahr 2020 als Parteiloser in die Exekutive gewählt, im vergangenen Jahr ist er den GRÜNEN beigetreten. Der

Bild: Patrick Itten

VON BAD RAGAZ ÜBERS TOGGENBURG BIS RAPPERSWIL-JONA

studierte Kunsthistoriker ist seit letztem Herbst Betriebsleiter der Klangwelt Toggenburg übernommen. Im Gemeinderat soll Edi Hartmann in der neuen Legislatur Verstärkung durch Marlen Rutz Cerna (43) erhalten, die als Projektleiterin im Sozialbereich tätig ist.

Dani Müller

Schliesslich wollen die GRÜNEN Wil-Land künftig auch in der Flawiler GPK ein Wort mitreden: Dani Müller (64), Fachlehrer für Gestaltung, grünes Urgestein und Träger des Flawilerpreises, stellt sich nach seinem Rückzug aus dem Parteivorstand als GPK-Mitglied zur Verfügung.

Tanja Zschokke

Julia Büsser

Brisant ist die Ausgangslage in Rapperswil-Jona, wo der Stadtrat von sieben auf fünf Mitglieder reduziert wird. Tanja Zschokke, nebenamtliche Stadträtin seit 2017, möchte ihren Sitz verteidigen und sich neu im Hauptamt für eine nachhaltige Entwicklung der Rosenstadt am Zürichsee einsetzen. Die 59-jährige Landschaftsarchitektin ist auch Mitglied des Kantonsrates. Im Schulrat von Rapperswil-Jona sind die GRÜNEN seit 2021 mit Julia Büsser (36) vertreten, die sich beruflich als Programmleiterin bei einer Menschenrechtsorganisation engagiert. Sie will ihre Tätigkeit in der Schulbehörde fortsetzen und tritt zur Wiederwahl an.

In der Stadt St.Gallen haben sich die GRÜNEN dazu entschlossen, auf eine Stadtratskandidatur zu verzichten, nachdem alle Bisherigen nochmals antreten. Die Chance für den Einzug in die Exekutive könnte sich schon im Verlauf der nächsten Legislatur bieten, da vorzeitige Rücktritte und Ersatzwahlen wahrscheinlich sind. Bei den Gesamterneuerungswahlen im September fokussieren sich die GRÜNEN auf das Wahlziel eines zusätzlichen Sitzes im Stadtparlament. Dies soll mit einer 32-köpfige Hauptliste, flankiert von einer eigenen Liste der Jungen Grünen, gelingen. Alle acht amtierenden Parlamentsmitglieder kandidieren auf der Hauptliste, darunter auch Rebekka Schmid, die bisher für die Jungen Grünen im Parlament sass. Somit sind die Jungen Grünen gefordert, ihren Sitz mit Nachwuchskräften zu verteidigen.

Sebastian Koller

In Wil wollen die GRÜNEN den im Jahr 2020 verlorenen Stadtratssitz zurückerobern. Bereits im Februar haben sie mit der Nomination von Sebastian Koller (36) den Stadtratswahlkampf lanciert. Der Veterinär- und Rechtswissenschaftler ist unter anderem als politischer Sekretär der GRÜNEN Kanton St.Gallen tätig und strebt nach 14 Jahren im Stadtparlament einen Wechsel in die Exekutive an. Für die Stadtparlamentswahlen präsentiert die Wiler Ortspartei eine volle Liste mit 40 Kandidierenden, auf der alle Quartiere, Alters- und Berufsgruppen vertreten sind. Ziel ist es, die Stadtparlamentsfraktion von sechs auf sieben Sitze zu vergrössern. Auf eine separate, junge Liste wird verzichtet. Meret Grob (29), bisher als Vertreterin der Jungen Grünen im Parlament, ist Spitzenkandidatin der GRÜNEN prowil und soll 2025 das Parlamentspräsidium übernehmen.

Bild: GRÜNE TG

GROSSER RAT THURGAU: ANZAHL SITZE FAST GEHALTEN

Die GRÜNEN Thurgau verloren bei den Grossratswahlen zwei ihrer 15 Sitze. Sie sind damit die fünftgrösste Fraktion und die grösste Nichtregierungspartei. Bei den nächsten Wahlen wollen sie die 10%-Hürde wieder überspringen.

KEG. Trotz eines Wählerverlustes von 2.4% (aktueller Wähleranteil 8.8%) konnten 13 der 15 Sitze im Grossen Rat verteidigt werden. Gemessen am allgemeinen Trend in den Nachbarkantonen und auf Bundesebene ist dieses Resultat befriedigend. Die Themenkonjunktur mit dem Kaufkraftverlust wegen höherer Mieten, Krankenkassenprämien und Energie spielte den GRÜNEN nicht in die Hände. Insgesamt geht das grün-rote Lager trotz der grünen Verluste gestärkt aus den Wahlen. Die SP legte um vier Sitze zu und die SVP verlor drei Sitze. Wiedergewählt wurden Karin Bétrisey, Didi Feuerle (Vizepräsident) und Sandra Reinhart (Fraktionspräsidentin) aus dem Bezirk Arbon, Mathis Müller, Simon Vogel und Simon Weilenmann aus dem Bezirk Frauenfeld, Peter Dransfeld, Brigitta Engeli und Jost Rüegg aus dem Bezirk Kreuzlingen, Bernhard Braun und Isabelle Vonlanthen-Specker aus dem Bezirk Münchwilen sowie Cornelia Hauser und Ueli Keller aus dem Bezirk Weinfelden. Der Frauenanteil beträgt 38%. Mit Peter Dransfeld aus Ermatingen haben die GRÜNEN einen Panaschierkönig. Sie bedauern die Nichtwiederwahl von Erika Hanhart, Matzingen und Matthias Kreier, Fischingen und danken für ihren Einsatz im Grossen Rat.

Anstossen auf das gute Resultat von Regierungsratskandidatin Sandra Reinhart (Kurt Egger, Michael Pöll, Isabelle Vonlanthen-Specker, Matthias Kreier, Sandra Reinhart, Erika Hanhart, Simon Vogel)

Sehr gutes Resultat für Sandra Reinhart

Sandra Reinhart trat als Regierungsratskandidatin an. Sie erzielte als Beste der Nichtgewählten ein überzeugend gutes Resultat.
Die GRÜNEN sind überzeugt, dass mit dem fortschreitenden Klimawandel die ökologischen Themen in Zukunft noch wichtiger werden. Die GRÜNEN wollen bei den nächsten Wahlen die 10%-Hürde wieder überspringen.
Bei den Bezirksgerichtswahlen konnte der Sitz von Edgar Käslin aus Kreuzlingen gehalten werden. Leider reichte es für die Kandidierenden Beatrix Meier (Kreuzlingen) und Walter Kehl (Braunau) nicht zur Wahl.

HERZLICHE GRATULATION

- Zur Gründung der neuen Ortspartei GRÜNE Lützelmurg (welche die beiden Gemeinden Aadorf und Bichelsee-Balterswil umfasst) und dem Co-Präsidium mit Isabelle Vonlanthen-Specker und Roman Schoch Voser.
- Sven Blum, Peter Dransfeld, Nicole Rüegg, Nils Rüegg und Simon Vogel zur Wahl in den Vorstand der GRÜNEN Thurgau (nebst den bisherigen Marco Bertschinger, Kurt Egger, Didi Feuerle, Erika Hanhart, Cornelia Hauser, Barbara Imholz, Jürg Joss, Matthias Kreier und Jost Rüegg).
- Erika Hanhart als Vizepräsidentin der GRÜNEN Thurgau und Vorstandsmitglied der GRÜNEN Schweiz.
- Walter Kehl, Nicole Rüegg und Simon Vogel (nebst den bisherigen Kurt Egger, Brigitta Engeli, Peter Heri, Sandra Reinhart, Simone Reinhart und Jost Rüegg) zur Wahl als Delegierte für die GRÜNEN Schweiz.
- Bastian Kahrmann zum sehr guten Resultat bei der Ersatzwahl in den Gemeinderat Eschlikon. Ein zweiter Wahlgang findet am 22. September statt.
- Peter Dransfeld zur Wahl als Präsident der GRÜNEN Bezirk Kreuzlingen.
- Karin Bétrisey zur Wahl als Präsidentin des Vereins Komplementärmedizin Regio Thurgau (Komed Thurgau).

Bild: Robin Eichmann

REFERENDUM GEGEN UNGERECHTEN PENDLERABZUG

Zusammen mit einer breiten Allianz von Parteien und Verbänden haben die GRÜNEN genügend Unterschriften für das Referendum gegen die Erhöhung des Pendler*innenabzugs gesammelt. Damit können die St.Galler Stimmberechtigen den Entscheid des Kantonsrats an der Urne korrigieren.

DBO. In der vergangenen Februarsession beschloss die rechtsbürgerliche Mehrheit aus FDP, Mitte und SVP im St.Galler Kantonsrat, den maximalen Pendler*innenabzug von heute CHF 4595 auf CHF 8000 zu erhöhen. Ein Ratsreferendum scheiterte um lediglich drei Stimmen. Bisher waren die Fahrkostenabzüge für das Auto auf den Wert eines SBB-Generalabonnements (GA) 2. Klasse beschränkt, was 2015 auch durch eine Volksabstimmung bestätigt wurde.

Steuerprivilegien für wenige

Die heutige Regelung mit der für alle Steuerzahlenden geltenden Obergrenze von CHF 4595 hat sich bewährt. Diese faire und umweltgerechte Begrenzung soll weiterhin gelten. Die neue Regelung würde bedeuten, dass nur etwa 15 Prozent der Steuerpflichtigen – insbesondere Langstreckenautopendler*innen – von der zusätzlichen Abzugsmöglichkeit profitieren würden. Die daraus resultierenden Kosten von 15 Mio. CHF bei den Steuern müssten jedoch alle mittragen. Das wäre ungerecht und widerspricht den verkehrspolitischen, klimapolitischen und raumplanerischen Zielen des Kantons St.Gallen.

Allianz ergreift Referendum

Eine breit abgestützte Allianz von Parteien und Verbänden, darunter die GRÜNEN und die Jungen Grünen, hat erfolgreich die nötigen 4000 Unterschriften für das Referendum gesammelt. Damit steht fest, dass die Stimmberechtigten über den Entscheid des Kantonsrats abstimmen können, voraussichtlich am 24. November 2024.

Es bedurfte eines grossen und konzentrierten Einsatzes, um in nur 40 Tagen 4000 gültige Unterschriften zu sammeln. Dass dies beim Referendum gegen die Erhöhung des Pendlerabzugs gelungen ist, hat einerseits an der breiten Unterstützung von Parteien und Verbänden gelegen. Andererseits zeigten die Sammelaktionen auf der Strasse, dass die Bevölkerung kein Verständnis für die Ungleichbehandlung von ÖV und Autoverkehr aufbringt. Sie wollen keine neuen Steuerprivilegien, die zu Ausfällen bei der öffentlichen Hand führen und falsche Anreize für umweltschädliches Autopendeln schaffen. Entsprechend haben viele Bürger*innen gerne das Referendum unterschrieben und sich dankbar gezeigt, dass die Allianz diesen Entscheid des Kantonsrates korrigieren will.

RÜCKBLICK WAHLEN

Am 3. März 2024 fanden im Kanton St.Gallen Kantons- und Regierungswahlen statt. Die Kantonsratswahlen waren von einem Rechtsrutsch gezeichnet. Die GRÜNEN verloren drei Sitze und verpassten knapp die Fraktionsstärke. In der Legislatur 2024–2028 politisieren sie nun in einer Grossfraktion mit GLP und SP. Ein Lichtblick war der Sitzgewinn im Wahlkreis Sarganserland. Auf Kosten der FDP konnte Anita Wyss für die noch junge Regionalpartei Sarganserland ihren ersten Kantonsratssitz holen.

Bei den Regierungswahlen erzielte der grüne Kandidat Daniel Bosshard im ersten Wahlgang ein mehr als respektables Ergebnis. Er zog sich jedoch für den zweiten Wahlgang zurück, um die Kräfte zu bündeln und eine Übervertretung der rechtsbürgerlichen Kräfte in der St.Galler Regierung zu verhindern.

Anita Wyss: Erste grüne Kantonsrätin aus dem Wahlkreis Sarganserland (Foto: Patrick Itten)

Bild: Liridon Maliqi

GEWALT GEGEN FRAUEN NICHT MIT UNS!

Der Fall von Fabienne W. hat Schaffhausen und die ganze Schweiz erschüttert. Ende 2021 wurde Fabienne W. in einer Wohnung in der Schaffhauser Altstadt von mehreren Männern brutal verprügelt. Die GRÜNEN Schaffhausen fordern mehr Schutz und Präventionskampagnen.

RMU. Diese Nacht begann zunächst harmlos, als Fabienne W. von einem Bekannten zu einem Treffen eingeladen wurde. Vordergründig soll sich dabei der Bekannte, ein zwielichtiger Schaffhauser Anwalt, für ihre Musik, F. W. ist Hobby-Musikerin, interessiert haben. Im Laufe des Abends entwickelte sich jedoch eine Auseinandersetzung mit den Anwesenden. F. W. wurde Opfer einer brutalen Prügelattacke, bei der sie schwer verletzt wurde.

Behördenversagen auf ganzer Linie?

Der Vorfall und die anschliessenden Ermittlungen werfen zahlreiche Fragen auf. Wieso kam es trotz guter Beweislage bislang zu keiner Verurteilung? Wieso musste die Polizei mehrmals ausrücken, um Beweismittel sicherzustellen? Es gab die Verzögerung, nachdem F. W. 13 Monate nach der Tatnacht neu vorbrachte, sie sei vergewaltigt worden, erklärt die Regierung. Neue Ermittlungen folgten…
Der Schaffhauser Regierungsrat hat mittlerweile eine externe Untersuchung angekündigt, um das Vorgehen der Behörden zu überprüfen. Der Fall Fabienne W. verdeutlicht nicht nur die Gefahren, die für Frauen in scheinbar harmlosen Situationen lauern können, sondern wirft auch ein Schlaglicht auf die Notwendigkeit einer transparenten und gründlichen Polizeiarbeit.

Das Problem muss ernst genommen werden

Die Vorwürfe gegen die Polizei und die Staatsanwaltschaft, die in diesem Fall ermittelt haben, werfen ein beunruhigendes Licht auf mögliche institutionelle Versäumnisse. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Behörden möglicherweise nicht ausreichend geschult oder sensibilisiert sind, um mit Fällen von Gewalt gegen Frauen angemessen umzugehen. Solche Fehler können dazu führen, dass Täter nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Forderungen der GRÜNEN

Die GRÜNEN Schaffhausen verurteilen die brutale Gewalt, die Fabienne W. angetan wurde, aufs Schärfste. Gewalt gegen Frauen ist ein ernstes und weit verbreitetes Problem. Es sind strukturelle Änderungen notwendig, aber auch eine konsequente Haltung in der Gesellschaft. Blöde Anmache ist nicht geil und eine Frau, die sich dagegen wehrt, ist keine Zicke. Die GRÜNEN Schaffhausen setzen sich für strengere Gesetze und Regelungen ein, die Täter abschrecken und Opfer schützen. Die Istanbulkonvention muss im Kanton Schaffhausen endlich konsequent umgesetzt werden.
Die Fachstelle für Gleichstellung muss dringend mehr Präventions-, Sensibilisierungs- und Schutzkampagnen gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt lancieren. Durch die Förderung von Gleichstellungspolitik und die Unterstützung von Frauen in allen Bereichen des Lebens können wir eine Kultur schaffen, die Gewalt gegen Frauen nicht toleriert.

ALARMIERENDE ZAHLEN

Der Bund schreibt, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt seien in der Schweiz weit verbreitet und verursachten grosses Leid. Im Jahr 2021 gab es in dem Bereich fast 20'000 Straftaten. Laut Bundesamt für Statistik waren 2021 rund 70 Prozent der Opfer von häuslicher Gewalt Frauen.

Informationen zu den Beratungsstellen der Opferhilfe Schweiz: www.opferhilfe-schweiz.ch

Bild: iStock

«ELM FUTURO» WIRD LEIDER UMGESETZT

Leider stimmte die Gemeindeversammlung von Glarus Süd gegen den Antrag der GRÜNEN, das Beschneiungsprojekt auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Das fragwürdige, 12.5 Millionen teure Projekt «Elm Futuro» wird umgesetzt.

CSC. Die Landsgemeinde des Kanton Glarus stimmte 2018 einem Rahmenkredit von 12.5 Millionen Franken für die Subventionierung von Bergbahnprojekten zu. Die GRÜNEN forderten erfolglos, dass zuerst ein konkretes Projekt vorliegen müsse, bevor so viel öffentliche Gelder gesprochen werde. Die öffentliche Finanzierung eines Projektes wurde dabei an die zwingende Bedingung geknüpft, dass das Projekt die Kriterien der Nachhaltigkeit im ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich erfülle.

Beschneiungsprojekt «Elm Futuro»

Nach diesem Landesgemeindeentscheid konzipierten die Sportbahnen Elm ihr Beschneiungsprojekt «Elm Futuro». Gemäss den wirtschaftlichen Kennzahlen ist unsicher, ob das Projekt wirtschaftlich zum Erfolg führt. Es gibt also berechtigte Bedenken, dass das Projekt nicht einmal den ökonomischen Aspekt der geforderten Nachhaltigkeit erfüllt.
Der Gemeinderat von Glarus Süd erliess im Februar dieses Jahres den Sondernutzungsplan «Futuro». Die GRÜNEN ergriffen das Referendum. In der kurzen Frist von nur zwei Wochen konnten gegen 900 Unterschriften gesammelt werden. Die breite Unterstützung für das Referendum zeigte, dass weite Teile der Bevölkerung von Glarus Süd nicht einverstanden sind mit dem überdimensionierten Ausmass des Beschneiungsprojekts. Zudem bereiten die Investitionskosten in der Grössenordnung von 18 bis 20 Millionen Franken Unbehagen, tragen diese Kosten doch hauptsächlich der Kanton und die Gemeinde Glarus Süd. Ende Juni lag der Sondernutzungsplan der Gemeindeversammlung zur Abstimmung vor. Die GRÜNEN beantragten die Rückweisung des Beschneiungsprojekts mit dem Auftrag, die Beschneiung der Talabfahrt aus dem Projekt zu streichen.

> «So sind im Skigebiet geschützte Moore und Biotope von den Eingriffen betroffen.»

Kein Kompromiss möglich

Für die GRÜNEN bedeutete dieses Einverständnis mit einer redimensionierten Beschneiungsanlage einen grossen Kompromiss. So sind im Skigebiet geschützte Moore und Biotope von den Eingriffen betroffen. Am Sernf wird ein Stauwehr gebaut, damit Wasser im Winter von 1000 auf über 2000 Meter über Meer hinaufgepumpt werden kann. Im Sinne eines funktionierendes Skibetrieb waren die GRÜNEN jedoch bereit, die massiven und teilweise auch unnötigen Eingriffe in die Vegetation zu akzeptieren.
Die Befürworter der Beschneiungsanlage waren leider zu keinem Kompromiss bereit. Sie behaupteten, ohne künstlich beschneite Talabfahrt sei die Existenz der Sportbahnen Elm nicht gesichert und eine Rückweisung entspräche aus zeitlichen Gründen einer Ablehnung. Bedauerlicherweise teilte die Mehrheit der Versammlungsteilnehmenden diese Ansicht.
Dennoch darf festgehalten werden, dass mehr als ein Drittel der Anwesenden den Rückweisungsantrag unterstützt hat. Für diese Unterstützung danken die GRÜNEN an dieser Stelle nochmals allen.

Bild: Adobe Stock

ABSTIMMUNGEN VOM HERBST 2024

Um die Biodiversität zu schützen, müssen wir die Lebensräume von Fauna und Flora sichern. Mit einem JA zur Biodiversitätsinitiative am 22. September schützen wir, was wir brauchen. Das ist aber nicht die einzige Abstimmung. Die Redaktion gibt einen Überblick mit Abstimmungsempfehlung.

Biodiversitätsinitiative

Die Biodiversitätsinitiative (Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft») verlangt die nötigen Flächen und finanziellen Mittel für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Sie schont Natur, vielfältige Landschaften und schöne Ortsbilder auch ausserhalb von Schutzgebieten.
Die Gegner der Vorlage operieren mit vielen Unwahrheiten. Weder verlangt die Initiative, dass 30 Prozent der Schweizer Landesfläche unter Schutz gestellt wird, noch wird mit der Initiative der Ausbau der erneuerbaren Energien verunmöglicht oder die Lebensmittelproduktion eingeschränkt.
https://www.biodiversitaetsinitiative.ch/

Reform der beruflichen Vorsorge (BVG)

Die Gesetzesänderung senkt den Mindestumwandlungssatzes von heute 6.8 auf 6.0 Prozent. Weitere Massnahmen verbessern das Leistungsniveau für tiefe und mittlere Einkommen (Senkung des Koordinationsabzuges und der Eintrittsschwelle, Kompensationszahlungen).
Für die Befürworter*innen ist die Reform wichtig, da 70'000 Personen neu eine Pensionskasse haben werden. Dies betrifft insbesondere Frauen, Geringverdienende und Mehrfachbeschäftigte.
Die Gegner*innen betonen, dass die Senkung des Umwandlungssatzes bei vielen Personen zu einer Rentenkürzung führt.

Stopp Autobahn-Bauwahn

Am 24. November folgt die Abstimmung über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen. Statt Massnahmen für einen klimafreundliche Verkehr zu planen, sollen mit 5.3 Milliarden Franken Autobahnen in St. Gallen (3. Röhre Rosenbergtunnel und Anschluss Güterbahnhof), Schaffhausen (2. Röhre Fäsenstaubtunnel), Basel (Rheintunnel), Bern (Spurausbauten) und am Genfersee (Spurausbauten) gebaut werden.
https://www.autobahnwahn.ch/

Aufweichung des Kündigungsschutzes

Am 24. November kommen auch zwei Referenden zum Mietrecht zur Abstimmung. Zum einen soll die Untermiete nahezu verunmöglicht werden, damit es zu mehr Wechseln bei Mietverhältnissen kommt. So können die Vermieter*innen die Mieten laufend erhöhen. Zum anderen soll Mieter*innen einfacher gekündigt werden können. Dazu kann der Eigenbedarf als Vorwand vorgeschoben werden.

Einheitliche Finanzierung der Leistungen (EFAS)

In Zukunft werden alle Leistungen der Krankenversicherung – ob stationär, ambulant oder im Pflegebereich – nach demselben Verteilschlüssel von den Kantonen (26.9 Prozent) und den Versicherern (73.1 Prozent) finanziert. Die einheitliche Finanzierung soll die Verlagerung vom stationären zum ambulanten Bereich beschleunigen und so zur Kostendämpfung beitragen.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

22. September 2024	
JA	zur Biodiversitätsinitiative
-	zur BVG-Reform
24. November	
NEIN	zum Autobahn-Ausbau
NEIN	zur Einschränkung der Untermiete
NEIN	zur einfacheren Kündigung wegen Eigenbedarf
JA	zur einheitlichen Finanzierung

Bild: Jeyakumar Thurairajah

NACHGEFRAGT BEI CHRISTIAN HUBER

Mit 35 Jahren hat Christian Huber bereits eine beachtliche politische Karriere hinter sich. Seit mehr als sechs Jahren ist er Mitglied des St.Galler Stadtparlamentes, drei Jahre lang war er Präsident der Stadtpartei. In diesem Frühling übernahm er die Fraktion der GRÜNEN/Jungen Grünen.

Was hat dich in die Politik gebracht? Warum zu den GRÜNEN?
Das Studium in Geografie und Geschichte politisierte mich: Die Gleichzeitigkeit von dunkelroter werdenden Temperaturkurven, zunehmenden Klimakatastrophen und sichtbaren soziale Ungleichheiten, währenddem Regierungen untätig zusahen oder rechtspopulistische Parteien Erfolge feierten. Ich spürte: die Zeiten sind zu ernst, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Ein Anruf des damaligen Stadtparlamentariers Basil Oberholzer vor den Kommunalwahlen 2016 überzeugte mich.

Welche Schwerpunkte setzt du als neuer Fraktionspräsident?
Ich übernehme eine gut funktionierende, achtköpfige Fraktion. Wichtig ist vorerst, dass wir unsere Sitze bei den Wahlen im Herbst mindestens halten. Danach werden wir unsere Legislaturziele 2025 – 2028 festlegen. Ziel muss es sein, die seit vier Jahren mögliche links-grüne Mehrheit mit SP und glp weiterzuführen. Seither konnten wir einige Erfolge feiern, zum Beispiel in der Richtplanrevision, bei der wir den Autobahnanschluss Güterbahnhof gestrichen haben, oder auch in der ökologischen Strassenraumgestaltung, im Veloverkehr oder in der Energiewende. Aber es bleibt noch viel zu tun…

Die Stadt mag in den letzten Jahren linker geworden zu sein. Auf der anderen Seite versucht der bürgerlich dominierte Kantonsrat, sich in kommunale Angelegenheiten einzumischen. Wie geht ihr damit um?
Das ist ernüchternd und widerspricht teilweise auch dem schweizerischen föderalen System. Gerade in der Verkehrspolitik brachte der Kantonsrat ein zukunftstaugliches Konzept von Stadt- und Regierungsrat mit Tempo 30 auf der Ost-West-Achse zu Fall. Ebenfalls müssen wir momentan viel Überzeugungsarbeit leisten für einen fairen innerkantonalen Finanzausgleich oder für das tolle Projekt «Neue Bibliothek Union», welches für die St.Galler Innenstadt einen unglaublichen Mehrwert bietet.

Du hast eine junge Familie. Wie bringst du Familie, Beruf und Politik unter einen Hut?
Das ist in der Tat eine grosse Herausforderung. Viele der Sitzungen finden abends statt, Milizparlament ist mehr oder weniger Freiwilligenarbeit. Ich arbeite nur Teilzeit, um daneben Zeit für meine Familie zu haben. Aber die Kurzfristigkeit in der Politik – auch auf lokaler Ebene – ist eigentlich nur schwer vereinbar mit Beruf und Familie.

Gerade plant ihr die nächsten Stadtparlamentswahlen. Wie gewinnst du dabei neue Kandidat*innen?
Leider füllt sich eine Liste mit 32 Kandidierenden trotz Klimakrise nicht von selbst. Ich habe mit unseren Mitgliedern einige Telefonate geführt, Kaffees getrunken und Spaziergänge gemacht. Glücklicherweise ist unsere Liste nun vollständig und ausgewogen nach Geschlecht, Alter und Beruf. Wir sind bereit für die Wahlen!

ZUR PERSON

Christian Huber ist 1989 geboren. Nach seinem Studium in Geografie und Geschichte in Bern kehrte er 2018 wieder in seine Heimatstadt St.Gallen zurück. Christian ist Kantonsschullehrer und engagiert sich nebenamtlich neben den GRÜNEN auch für die sozioprofessionelle Fanarbeit FC St. Gallen, welche zum Ziel hat, mittels Dialog und Prävention situative, strukturelle und sozialbedingte Gewalt an Fussballspielen zu vermindern.

SOLAR-INITIATIVE JETZT UNTERSTÜTZEN

Das ist geschehen:
Das Parlament bremst seit Jahren den Solarausbau und damit die Energiewende in der Schweiz. Doch wir dürfen nicht länger Zeit verlieren!

Das tun wir dagegen:
In der Schweiz gibt es genug geeignete Flächen auf Bauten, um unseren gesamten Strombedarf zu decken. Deshalb haben wir die Solar-Initiative lanciert.

Das kannst du tun:
Sammle jetzt Unterschriften mit dem beigelegten Bogen. Du kannst auch gleich ein Sammel-Kit bestellen, um möglichst viele Menschen von der Initiative zu überzeugen:
https://solar-initiative.info/material/

OSTGRÜNE: ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
  Ennetbühlerstr. 3
  8755 Ennenda
  www.gruene-gl.ch
  sekretariat@gruene-gl.ch

- GRÜNE Graubünden
  Bungertweg 16
  7206 Igis
  079 820 71 99
  www.gruene-gr.ch
  info@gruene-gr.ch

- GRÜNE Schaffhausen
  Brünigstrasse 7
  8200 Schaffhausen
  www.gruene-sh.ch
  info@gruene-sh.ch

- GRÜNE St.Gallen
  Postfach
  9001 St.Gallen
  071 244 00 58
  www.gruene-sg.ch
  sekretariat@gruene-sg.ch

- GRÜNE Thurgau
  Barbara Imholz, Aspenstr. 6
  8580 Sommeri
  071 410 06 01
  www.gruene-tg.ch
  sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
  079 207 84 37
  kurt.egger@gruene-tg.ch

- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
  079 846 63 98
  daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 2/24
15. 11. 2024

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus
www.gruene-gl.ch
- **Freitag, 23.8., 19 Uhr** Parolenfassung Eidgenössische Abstimmungen
- **Samstag, 24.8., 9 Uhr** Workshop „Mehr Demokratie!"
- **Samstag, 24.8., 18.30 Uhr** Spendeznacht für unser Sekretariat
- **Donnerstag, 24.10., 19 Uhr** Parolenfassung Eidgenössische Abstimmungen
- **Montag, 28.10.** HV GRÜNE Gemeinde Glarus
- **Freitag, 13.12.** Mitgliederversammlung Junge Grüne

Graubünden
www.gruene-gr.ch
- **Sonntag, 25.8.** Anlass zur Biodiversität, Bauernhof von Sep Benedetg Candinas in Sumvitg

Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
- **Mittwoch, 28.8.** Mitgliederversammlung GRÜNE SH
- **Donnerstag, 24.10.** Mitgliederversammlung GRÜNE SH
- **Freitag, 6.12.** Jahresessen GRÜNE SH

St.Gallen
www.gruene-sg.ch
- Kanton St.Gallen
  Sonntag, 22.9., nachmittags lokale Wahlfeiern an verschiedenen Orten
  Mittwoch, 30. 10., 19 Uhr ausserordentliche MV (provisorisch)
- Stadt und Region St.Gallen
  Freitag, 20.9. Aktion zum Park(ing) Day
- Region Rorschach
  Dienstag, 20.8., 19.30 Uhr Stammtisch im Schilte Sechsi, Rorschach
- Linth
  Freitag, 9.8. bis So, 11.8. Grüne Fischbeiz am Seenachtsfest, Rapperswil
- Toggenburg
  Dienstag, 27.8., 20.15 Uhr Podium zur Biodiversitätsinitiative, BWZ Wattwil
  Freitag, 16.8. (Verschiebedatum Sa, 24.8.), abends Party mit Gemeinderatskandidatinnen, Stadtstrandkiosk, Lichtensteig
- prowil
  Samstag, 7.9., 10.00 Uhr Standaktion mit Lisa Mazzone, Marktgasse
- Wil-Land
  Samstag, 7.9., ganztags Stand am Herbstmarkt, Flawil
  Samstag, 21.9., abends Oldies-Disco im Studio DanceBeat, Flawil

Thurgau
www.gruene-tg.ch
- **Sonntag, 11.8., 11 Uhr** Biodiversitätsinitiative mit Toni Kappeler und Markus Ritter, Balterswil
- **Samstag, 24.8., 10 Uhr** MV GRÜNE Thurgau, Waldschule, Weinfelden
- **Samstag, 31.8., 9 - 16 Uhr** Biomarkt, Weinfelden
- **Sonntag, 8.9., 14 Uhr** Gabris-Gespräch mit Kilian Baumann (NR GRÜNE BE), Wuppenau
- **Donnerstag, 19.9., 19.30 Uhr** Velo Forum IV, Rest. Engel, Sirnach
- **Montag, 28.10., 19.30 Uhr** MV GRÜNE Thurgau, Ristorante Barone, Aadorf

National
www.gruene.ch
- **Samstag, 17.8.** DV GRÜNE Schweiz, Basel
- **Sonntag, 22.9.** Abstimmung
- **Samstag, 19.10.** DV GRÜNE Schweiz, St. Gallen
- **Samstag, 2.11.** Grünen Kongress «sommet du changement», Biel
- **Samstag, 16.11.** Netzwerk grüne Frauen